



## **Politische Bildung in „Corona-Zeiten“ und danach – Probleme und Perspektiven.**

### **Stellungnahme des Arbeitskreises Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung (AJEB) der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE)**

Die „Corona-Krise“ hat auch die Arbeit der außerschulischen politischen Jugendbildung/ politischen Erwachsenenbildung erheblich beeinflusst. Welche Folgen dies für die Gegenwart hat und welche für die Zukunft ihrer Arbeit zu erwarten sind, war Gegenstand einer Online-Konferenz, die der Arbeitskreis Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung (AJEB) der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) am 18. März 2021 ausgerichtet hat. Diese Stellungnahme fasst die wichtigsten Ergebnisse und Forderungen der Konferenz zusammen.

#### *Folgen für das System der politischen Bildung*

Das System der außerschulischen politischen Bildung war schon immer durch die prekäre Beschäftigungssituation vieler Bildner\*innen geprägt. So vielfältig das System in Deutschland ist, so fragil ist es auch geworden. Viele Freiberufler\*innen hat die Corona-Pandemie in eine existenzbedrohende Situation gebracht. Ob und wie sie nach der Pandemie weiterarbeiten können, ist ungewiss. Es droht, dass viel Expertise verloren geht. Hinzu kommt die Befürchtung, dass eine generelle Mittelkürzung zur Abfederung der durch Corona entstandenen wirtschaftlichen Schäden zu erwarten ist. Offen ist also, welche Art Fördermittel der außerschulischen politischen Bildung für die spätere Arbeit (in Präsenz) überhaupt noch zur Verfügung stehen werden.

Die Institutionen der politischen Bildung verfügen über unterschiedliche Ressourcen, mit der sie der Corona-Pandemie begegnen, z. B. für die Umstellung der Bildungsangebote auf digitale Veranstaltungen. Hier sind die „großen“ Einrichtungen wie z. B. Akademien mit einem starken Träger im Rücken im Vorteil gegenüber den kleinen, vor Ort arbeitenden Einrichtungen. Jene können „sichtbarer“ für ihre Teilnehmer\*innen und Adressat\*innen bleiben und somit besser die Kontinuität ihrer Arbeit sichern, während die kleinen Einrichtungen dazu oft nicht die personellen, technischen und finanziellen Ressourcen haben. Hinzu kommt, dass Tagungshäuser mit Personal und laufenden Kosten wegen ausgebliebener Einnahmen nicht mehr aufrechterhalten bleiben können und geschlossen werden müssen. Nach der Pandemie könnte das System der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung erheblich „ausgedünnt“ und weniger vielfältig sein als davor. Das wäre ein großer Verlust für die Demokratie und die politische Kultur.

### *Folgen für die Gestaltung und die Inhalte der politischen Bildung*

Die Konferenzteilnehmer\*innen beobachten, dass der politischen Bildung wieder eine Feuerwehrfunktion zugeschrieben wird. Die Nachfrage nach bestimmten Angeboten steigt, z. B. sollen Antworten gegeben werden, wie mit Corona-Leugner\*innen und Verschwörungserzähler\*innen umgegangen werden kann. Damit werden aber keine langfristigen Strukturen gesichert, auch wenn an diesem Beispiel deutlich wird, wie notwendig und relevant politische Bildung ist.

Die digitalen Angebote ermöglichen grundsätzlich, die Arbeit politischer Bildung aufrechtzuerhalten und zuweilen sogar den Adressat\*innenkreis bspw. aufgrund wegfallender Entfernungen zum Veranstaltungsort zu vergrößern. Hier liegen also auch Potentiale. Aber es muss auch danach gefragt werden, welche Gruppen durch die Etablierung digitaler Angebote gerade nicht erreicht und somit exkludiert werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass durch die ausschließlich digitalen Angebote die durch die Pandemie bereits verschärfte soziale Ungleichheit weiter vergrößert wird.

Online-Veranstaltungen bringen zwar quantitativ mehr Reichweite, aber damit sind auch die Pädagog\*innen „weiter weg“ von ihren Adressat\*innen. Eine echte Begegnung von Menschen, getragen von Interaktion, Emotion und Empathie, kann im Digitalen nicht ermöglicht werden. Bei allen Chancen, die sich durch digitale Formate bieten, muss die außerschulische politische Bildung für alle ihre Zielgruppen Angebote schaffen können. Dafür bieten die digitalen Möglichkeiten nur wenige didaktische Spielräume und Variationen. Somit kann „Digitales“ in der politischen Bildung grundsätzlich nur ein Zusatz und kein Ersatz sein.

Die „Corona-Krise“ selbst kann als eine Lerngelegenheit gesehen werden, denn durch die Pandemie ist der Bedarf, sich etwa mit Verschwörungserzählungen und dem Verständnis von Wissenschaft auseinanderzusetzen, ebenso gestiegen wie die Notwendigkeit, Wissenschaftsverständnis und Medienkompetenz zu fördern. Es sind aber auch grundlegende politische Fragestellungen, die sich im Rahmen der Pandemie stellen und die von der politischen Bildung aufgegriffen werden müssen. Etwa die Fragen, wer unter diesen Umständen mit welcher Legitimation und unter Einhaltung welcher Verfahren die allgemein verbindlichen Entscheidungen fällt, wie das sensible Verhältnis von Freiheit und Sicherheit austariert wird usw.

#### *Die Forderungen:*

Insgesamt stellt sich die Frage, ob politische Bildung in der „Post-Corona-Zeit“ und dem zu erwartenden, mit ihr verbundenen Strukturwandel einen ausreichend großen Raum bieten kann, um die kollektiven (gleichzeitig vielfältigen) Erfahrungen der globalen Pandemie zu be- und zu verarbeiten. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein politischer Diskurs in der Gesellschaft ist (z. B. Gewährleistung von Freiheit oder Rettung von Leben, Legitimität von Verfahren) und in welchem Maße sich Solidarisierungs- oder Entsolidarisierungstendenzen abzeichnen. Eine starke außerschulische politische Bildung wird deshalb auch nach der Pandemie unerlässlich bleiben. Hieraus folgt:

- Es muss mehr und verstärkte Lobbyarbeit von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Bildungsinstitutionen, aber auch von politischen Akteur\*innen, die sich in Bildungsfragen engagieren, für die außerschulische politische Bildung geben.
- Es müssen nicht nur vorhandene Strukturen erhalten bleiben, sondern grundsätzlich sichere Beschäftigungsverhältnisse für Bildner\*innen, gerade für „Soloselbständige“, geschaffen werden.
- Das System der außerschulischen politischen Jugendbildung/ politischen Erwachsenenbildung muss trotz zu erwartender allgemeiner Sparzwänge gestärkt werden.
- Trotz durchaus positiver Erfahrung mit digitalen Bildungsangeboten bleiben auch in Zukunft Präsenzformate zentral. Unmittelbare Begegnungen in Bildungseinrichtungen und Tagungshäusern sind und bleiben für eine wirkungsvolle politische Bildung grundlegend.
- Es ist mehr Forschung erforderlich. Denn gerade jetzt ist ungewiss, wie sich unter den gegebenen Umständen Strukturen verändern und, wie und unter welchen Bedingungen gute politische Bildung gelingt.
- Es muss politischer und gesellschaftlicher Konsens sein, dass die „Corona-Krise“ gezeigt hat, wie unverzichtbar und „systemrelevant“ außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung sind.

Für den Arbeitskreis Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung (AJEB): Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer, Prof. Dr. Tonio Oeffering und Dr. Julia Oppermann/ 03.05.2021